



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

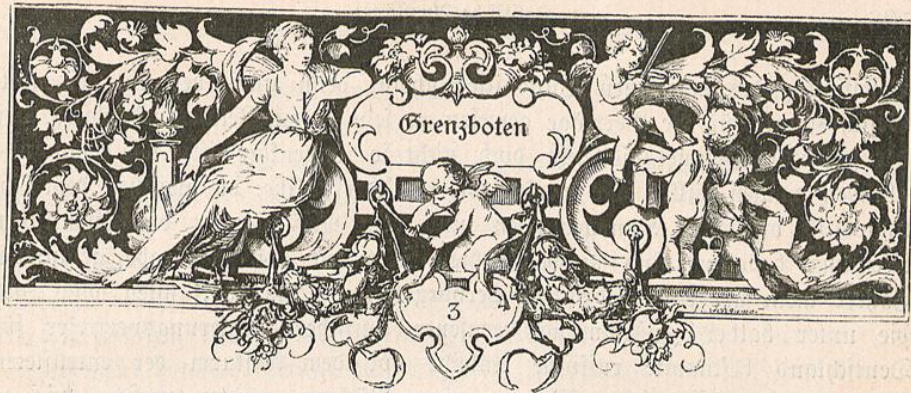
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische Aussichten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Politische Ausichten



Über Politik zu schreiben ist heute keine Freude, und vielleicht ist es auch keine Freude, Politik zu machen. Wenn Graf Caprivi während der Handelsvertragsdebatten von der Schaffensfreudigkeit sprach, die ihn erfülle, so erinnert das an die alte, psychologische Erfahrung, daß die Vorfreude immer größer ist, als der erwartete Genuß, und daß die Wirklichkeit immer ein andres Gesicht zeigt, als das Phantasiebild, das man der Zukunft anzudichten liebt. Die Handelsverträge sind da, und wir stehen nicht an, zuzugeben, daß die Thatsache an sich erfreulich ist. Wir haben die Schwierigkeiten im Sturm genommen, genommen nach der Methode, die General von Steinmetz anzuwenden pflegte, wenn ihm der Feind gegenüberstand, ohne viel auf die Opfer zu achten, die der Sieg kosten mußte. Jetzt, wo der Sieg errungen ist, und wir nun die Toten bestatten müssen, die ihm zum Opfer gefallen sind, ertönen von allen Seiten Klagelieder: die Landwirtschaft schreitet im Trauermantel mit der tragischen Maske einher, die Industriellen berechnen die Ausfälle, die ihnen bevorstehen, und alles, was Wein baut in Deutschland, lebendigen Wein, wie er aus deutschen Trauben quillt, glaubt, daß das Ende aller Tage gekommen sei. Wer dagegen bei den Verträgen seine Rechnung gefunden hat, und das mag wohl die ungeheure Mehrzahl gewesen sein, schweigt weislich still.

Es ist so gut wie unmöglich, das wirtschaftliche Für und Wider dieser Verträge abzuwägen; weder in industriellen noch in landwirtschaftlichen Kreisen haben wir jemand gefunden, der mit etwas anderm als mit Wahrscheinlichkeiten operirt hätte, und auch in Regierungskreisen verhehlt man sich nicht, daß man einem X gegenübersteht, für dessen Lösung die Gleichung noch nicht gefunden ist. Dagegen ist der politische Vorteil mit Händen greifbar. Die

Befestigung des politischen Bündnisses scheint denn auch der entscheidendste Gesichtspunkt für die Verträge gewesen zu sein — ein Zeichen jedenfalls, daß der politische Himmel vielleicht doch nicht so sonnenklar ist, wie man uns glauben machen will. Die merkwürdigen Widersprüche, die zwischen dem Optimismus offizieller Kundgebungen und dem Pessimismus der öffentlichen Meinung bestehen, sind in den letzten Monaten des zu Grabe geläuteten Jahres mehr als einmal drastisch hervorgetreten. Am deutlichsten wohl, als die unter halber Zustimmung berufener deutscher Regierungsvertreter für Deutschland bestimmte russische Anleihe vor dem Ansturm der entrüsteten Stimme unsrer öffentlichen Meinung einen Rückzug antreten mußte, wie er unsers Wissens so schimpflich von einer finanziellen Großmacht noch nie angetreten worden ist. Heute ist kein Zweifel mehr darüber, daß die öffentliche Meinung Deutschlands Recht behalten hat. Die Schlachten der großen Politik werden heute auf der Börse ausgefochten: Petersburg-Paris auf der einen, Berlin auf der andern Seite. Während aber die russischen Manöver von einem Strategen geleitet werden, wie Wyshnegradski, kämpft in Deutschland, dessen Börse an und für sich nicht abgeneigt wäre, Rußland gefällig zu sein, zumal da sich ein guter Batzen dabei verdienen läßt, die öffentliche Meinung, die es sich nun einmal nicht ausreden läßt, daß Geld in den russischen Händen eine Gefahr für den Frieden bedeute. Nur sehr schwer hat man sich in Petersburg darein gefunden, auf die Unterstützung des deutschen Marktes verzichten zu müssen, und bis zur Stunde wiederholen sich mit bewundernswürdiger Unverfrorenheit die Versuche, ihn zurück zu gewinnen. Das hat aber seinen guten Grund: der von der spanischen und portugiesischen Finanzkrankheit noch matte französische Rentier ist so energisch mit dem Pflaster russischer Wertpapiere kurirt worden, daß er sich zur Fortsetzung dieser Kurmethode nur dann bereit zeigen dürfte, wenn er sände, daß andre desgleichen thun. Die ablehnende Haltung Berlins hat daher sehr ernüchternd gewirkt, und es bedurfte aller Finanzkünste Wyshnegradskis, um wenigstens den Schein eines Erfolgs zu erringen. Von der siebenmal überzeichneten Anleihe hat Frankreich in Wirklichkeit nur drei Fünftel des Nominalbetrages aufzunehmen vermocht, und heute gesteht der russische Finanzminister offen zu, daß er die übrigen zwei Fünftel durch seine Agenten habe zurückkaufen lassen.

Nun ist in diesen Tagen die ungeheuerliche Nachricht eingetroffen, daß Rußland in Frankreich eine neue Anleihe im Betrage von 1000 Millionen Francs „negoziert.“ 1000 Millionen! Man nimmt mit gutem Grunde an, daß es nur eine Voraussetzung giebt, unter der Frankreich diese ungeheure Summe beschaffen würde: wenn Rußland offen und vertrauensvoll erklären ließe, daß dieses Geld zu Kriegs- und Rüstungszwecken verwandt werden solle. Für die notleidenden russischen Bauern giebt Frankreich das Geld nicht her! Es verlautet jetzt, daß 300 Millionen in Form von Prioritäten der Kurst-Kiewer

Eisenbahn aufgelegt werden sollen, während eine zweite größere Staatsanleihe ebenfalls in Angriff genommen sei.

So muß man dem Ausgange mit Spannung entgegensehen. Sonst ist man von allen Seiten her bemüht, die auftauchenden politischen „Zwischenfälle“ auszugleichen. Wo immer etwas „Akutes“ vorlag, hat man es durch Verhandlungen zu beseitigen gewußt. Im äußersten Osten wird der chinesische Aufruhr, soweit irgend möglich, so gedeutet, daß ein bewaffnetes Eingreifen der europäischen Mächte nicht notwendig erscheint; man käme auch in arge Verlegenheit dadurch. Frankreich, England, Deutschland und Rußland können, wo es Handelsinteressen gilt, nicht Hand in Hand gehen, da eine Macht mit der andern konkurriert. Eher schon ließe sich eine Gruppierung: England-Deutschland auf der einen und Frankreich-Rußland auf der andern Seite denken. Da aber Rußland, um in Pamir freie Hand zu haben, es ablehnt, einen Druck auf China auszuüben, geht jeder seine eignen Wege. Die russisch-englischen Streitigkeiten auf dem „Dache der Welt“ haben schon zu Verhandlungen über eine Grenzkommission geführt. Die Frage der Räumung Ägyptens ist, kaum angeregt, wieder begraben worden, und jetzt, wo ein Thronwechsel in Ägypten eingetreten ist, macht sich allseitig das Interesse geltend, den status quo aufrecht zu erhalten. Über den Fall Chadourne wird auch nicht mehr lange zu reden sein, da Frankreich einen gewundenen Rückzug, wenn auch unter Begleitung tönender Worte, anzutreten beginnt. Aus diesen Fragen wird also nichts entstehen. Nicht von dem, was sich vorhersehen läßt, sondern von dem völlig unerwarteten droht die Gefahr der Zukunft. Wenn daher die Engländer immer aufs neue wiederholen, daß Rußland eine Überrumpelung Konstantinopels vorbereite, scheint uns das schon aus diesem Grunde unwahrscheinlich. Kennen die Engländer den Plan, so können sie ihn auch verhindern. Die 90000 Mann aber, die angeblich bei Sebastopol liegen, sind in das Gebiet der Fabel zu verweisen.

In Betreff der auswärtigen Politik heißt es also ruhig Blut behalten. Sollte die Überraschung kommen, so wird man ihr zu begegnen wissen. Man ist in Deutschland durch das chronische Kriegsrufen so abgehärtet, daß man kaum noch hinzört.

Wiel wichtiger ist die Frage, welches die Parteien sind, mit denen die Regierung, nachdem die Handelsverträge nun angenommen sind, weiter zu arbeiten gedenkt. Daß die bisherige Mehrheit auseinanderfällt, sobald im preußischen Landtage das Schulgesetz, im Reichstage das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz zur Verhandlung kommt, gilt für sicher. Leider weisen viele Anzeichen darauf hin, daß sich die Regierung namentlich auf das Zentrum zu stützen gedenkt. In ganz Norddeutschland würde diese Politik auf den heftigsten Widerspruch stoßen; man will weder das Schulgesetz in einer Fassung, wie sie Herr von Goxler dem Abgeordneten Windthorst ver-

weigerte, noch auch die Jesuiten, für deren Wiederaufnahme die Germania heute in allen Tonarten eintritt. Es scheint nun, daß die Germania mit der Jesuitenfrage ihr viel größeres Interesse an der Schulfrage maskirt, und daß sich das Zentrum den Schein zu geben gedenkt, als bringe es noch ein großes Opfer, wenn es die Jesuiten fallen lasse, um sich mit dem Schulgesetze zu begnügen.

In Wirklichkeit spricht keine Erwägung realer Politik dafür, daß dem Zentrum überhaupt noch irgendwelche Zugeständnisse zu machen seien. Man wirft dem Grafen Caprivi vor, daß unter ihm die Ara der unnötigen Zugeständnisse begonnen habe; wir wollen hoffen, daß dieser Satz auf die zunächst bevorstehende parlamentarische Politik des Reichskanzlers keine Anwendung finde.



Das Wirtschaftsjahr 1891



an mag von der Neuen Freien Presse im übrigen halten, was man will, den Leitartikeln ihres „Economist“ überschriebnen Handelsteils muß man es lassen, daß sie von gewiegten und zum Teil geistreichen Fachmännern geschrieben, daher in ihren thatsächlichen Angaben zuverlässig und in den räsonnirenden Theilen beachtenswert sind. Die „ökonomische Rückschau“ vom 1. Januar mit dem Goethischen Motto: „Den Zufall bändige zum Glück“ verdient es, wie uns scheint, daß wir die Hauptgedanken herausheben und mit einigen kritischen Bemerkungen versehen.

Der Verfasser beginnt mit den Flüchtlingen aus Rußland, denen man hie und da in den Straßen Wiens begegne — gemeint sind jedenfalls vertriebne Juden —, und mit dem, was sie erzählen. „Die heimatlosen Wandrer verkünden uns, daß der russische Despotismus, der die höchste Gefahr für die Geseßung und die Wohlfahrt Europas bildet, von einer schweren Krise erfaßt ist, die er nicht mehr zu bewältigen vermag. Eine Regierung, die nicht mehr imstande ist, die Bewohner des Reichs vor dem Hunger zu schützen, beweist, daß sie bis ins innerste Mark morsch geworden ist, daß die Fäulnis schon die Lebensorgane ergriffen hat, und daß sie noch drohen, aber nicht mehr handeln kann. Rußland ist besiegt, noch ehe es einen Schwertstreich geführt hat.“ Das mag ein wenig übertrieben sein, aber der Hauptsache nach ist es unzweifelhaft richtig. Die Furcht vor Rußland und die Sehnsucht nach seiner Freundschaft sind einem großen Teile des deutschen Volkes stets räthelhafte Erscheinungen geblieben; heute würden sie von niemand mehr verstanden werden.